

Schriften zum Internationalen Recht

Band 140

**Die Integration von Staatsverträgen
in nationales IPR und IZPR am Beispiel
der italienischen IPR-Kodifikation
von 1995**

Von

Stefan Krätschmer



Duncker & Humblot · Berlin

STEFAN KRÄTSCHMER

**Die Integration von Staatsverträgen in nationales IPR und IZPR
am Beispiel der italienischen IPR-Kodifikation von 1995**

Schriften zum Internationalen Recht

Band 140

Die Integration von Staatsverträgen
in nationales IPR und IZPR am Beispiel
der italienischen IPR-Kodifikation
von 1995

Von

Stefan Krätschmer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Regensburg hat diese Arbeit
im Jahre 2001 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2004 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten (Allgäu)
Printed in Germany

ISSN 0720-7646
ISBN 3-428-10737-3

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Vorwort

In den 60er Jahren begannen die ersten kontinentaleuropäischen Staaten ihre IPR-Vorschriften der „ersten Stunde“ zu reformieren. Auch in Italien wurde bereits in dieser Zeit ein erster Entwurf zur Neufassung der bisherigen kollisionsrechtlichen Bestimmungen des codice civile ausgearbeitet. Erst nach einem zweiten Entwurf sind diese Reformbemühungen in den 80er Jahren verstärkt worden und endeten schließlich im neuen italienischen IPR-Gesetz von 1995. Das Gesetz bietet als eine der jüngsten umfassende IPR-Gesamtkodifikation Europas ein anschauliches Beispiel für die neueste Entwicklung des internationalen Privat- und Verfahrensrechts.

Eine der wesentlichen Anforderungen an nationale Regelungen dieser Rechtsgebiete liegt in deren Anpassung an bestehendes staatsvertragliches Recht. Infolge der zunehmenden Internationalisierung des Rechts durch multilaterale Abkommen insbesondere im Rahmen der Haager Konventionen und der Europäischen Union hat auch der italienische Gesetzgeber diesem Bedürfnis Rechnung getragen. Vor allem die sog. besonderen Hinweismormen des italienischen IPR-Gesetzes tragen nicht nur zum Gleichlauf von nationalem und internationalem Recht bei, sondern machen diesen auch für den Rechtsanwender transparent.

Die folgende Arbeit bietet einführend eine Übersicht zur Entstehung, Grundstruktur und zum Anwendungsbereich des italienischen IPR-Gesetzes (*Kapitel I und II*).

Ihr Schwerpunkt liegt in einer Darstellung des Verhältnisses von nationalem und internationalem Recht und der Formen der Koordinierung und Harmonisierung dieser beiden Rechtsbereiche durch das italienische IPR-Gesetz. Dabei wird dieses Verhältnis allgemein skizziert (*Kapitel III*) und im Anschluss daran werden vor allem die besonderen Hinweismormen des Gesetzes ausführlich untersucht (*Kapitel IV*). *Kapitel V* behandelt die Vorschriften des internationalen Verfahrensrechts, die sich in weiten Teilen an das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen von 1968 (EuGVÜ) – nunmehr EuGVO – anlehnen; zudem werden Kollisionsnormen besprochen, die ebenfalls bewusst staatsvertragliches Recht übernehmen oder von diesem abweichen.

Abschließend wird in *Kapitel VI* die Frage der Auslegung von Staatsverträgen und an diese angelehnten nationalen Vorschriften sowie insbesondere der Auslegungskompetenz des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) erörtert.

Infolge der erweiterten Anwendung der EuGVO und des Römischen Vertragsrechtsabkommens von 1980 (EVÜ) durch die besonderen Hinweisnormen des italienischen IPR-Gesetzes gilt es zu klären, ob sich die Zuständigkeit des EuGH auch auf Fälle erstreckt, in denen im Ausgangsrechtsstreit staatsvertragliches Recht nur kraft nationaler Gesetzgebung zur Anwendung kommt. Ein ähnliches Problem besteht auch im deutschen Recht infolge der umstrittenen Umsetzung des EVÜ in das deutsche EGBGB.

Die Dissertation lag der Universität Regensburg zum Wintersemester 2000 / 2001 vor. Danach erschienene Literatur und neue Entwicklungen des IPR und IZPR wurden bis Herbst 2003 berücksichtigt.

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. multi. *Dieter Henrich*, für die Freiheit bei der Gestaltung der Arbeit und deren jederzeit freundliche Begleitung.

Herrn Professor Dr. *Andreas Spickhoff* danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein Dank gilt auch Herrn Professor Dr. *Alessio Zaccaria* (Verona) für die Möglichkeit eines Forschungs- und Lehraufenthaltes an der Universität von Verona.

Weiter möchte ich mich bei allen bedanken, die die Arbeit in ihrer Entstehung begleitet und mich dabei auf vielfältige Weise unterstützt haben, insbesondere *Christoph Kuntz* (Nürnberg) und *Stephan Wagner* (Hamburg) sowie *Regine Wolf* (Regensburg) für die Mühe des Korrekturlesens. Mein besonderer Dank gilt *Kerstin Gonda* (München), die mir in der Entstehungsphase dieser Arbeit fortlaufend zur Seite gestanden und für diese so manche Entbehrung auf sich genommen hat.

München, Dezember 2003

Stefan Krätschmer

Inhaltsübersicht

Kapitel I

Die Reform des internationalen Privatrechts in Italien: Entstehung und Grundstruktur des italienischen IPR-Gesetzes

§ 1 Die Entstehungsgeschichte des IPRG	34
§ 2 Motive und Notwendigkeit der Reform	37
§ 3 Der Charakter des Gesetzes	50

Kapitel II

Der Anwendungsbereich des IPRG

§ 4 Definition „Internationales Privatrecht“ (Auslandsbezug)	65
§ 5 Der sachliche Anwendungsbereich des Gesetzes	70
§ 6 Der zeitliche Anwendungsbereich des Gesetzes	80
§ 7 Der Gegenseitigkeitsgrundsatz (Art. 16 disp. prel.)	89

Kapitel III

Allgemeines zum IPRG und den Staatsverträgen

§ 8 Staatsverträge im italienischen Recht	105
§ 9 Der Rang der Staatsverträge im innerstaatlichen Recht	110
§ 10 Die Staatsverträge und das IPRG	119

Kapitel IV

Die besonderen Hinweismormen der Artt. 42 I, 45, 57, 59 I IPRG

§ 11 Allgemeines zur Bedeutung der „in ogni caso“-Hinweismormen	141
§ 12 Art. 42 IPRG (Minderjährigenschutz)	169
§ 13 Art. 45 IPRG (Unterhaltsrecht)	194
§ 14 Art. 57 IPRG (Vertragliche Schuldverhältnisse)	208
§ 15 Art. 59 IPRG (Wertpapierrecht)	242

*Kapitel V***Die Anlehnung von IPRG-Normen an staatsvertragliche Regelungen**

§ 16 Verfahrensrecht	284
§ 17 Die Kollisionsnormen	374

*Kapitel VI***Die Auslegung von Staatsverträgen und die EuGH-Zuständigkeit**

§ 18 Die Auslegung der Staatsverträge i. R. d. IPRG	439
§ 19 Die Auslegungskompetenz des EuGH i. R. d. EuGVO und des EVÜ	456

*Kapitel VII***Zusammenfassung**

Anhang I: IPR-Regelungen europäischer Staaten	507
Anhang II: Übersicht zu multilateralen Staatsverträgen.....	509
Literaturverzeichnis	514
Sach- und Personenverzeichnis	530

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I

Die Reform des internationalen Privatrechts in Italien: Entstehung und Grundstruktur des italienischen IPR-Gesetzes

§ 1 Die Entstehungsgeschichte des IPRG	34
§ 2 Motive und Notwendigkeit der Reform	37
I. Spezifität der Regelungen und Flexibilität der Anknüpfungen	38
II. Anpassung an das Sachrecht	38
1. Gleichheitsgrundsatz	39
a) Das Familiengesetz von 1975	39
b) Das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1983	40
c) Die Umsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes	42
2. Das Adoptionsgesetz von 1983	42
3. Das Scheidungsgesetz von 1970	43
III. Anpassung an die Entscheidungen des Corte Costituzionale (Artt. 18, 20 disp. prel.)	44
IV. Anpassung an staatsvertragliches Kollisionsrecht	48
V. Reformdruck durch die IPR-Reformen anderer europäischer Staaten	48
§ 3 Der Charakter des Gesetzes	50
I. Die Kodifikationen von 1865 und 1942 (Das „System Mancini“)	50
II. Die Charakteristika des IPRG	52
1. Der Umfang der Reform (Kodifikationscharakter)	53
2. Die Staatsangehörigkeitsanknüpfung (Nationalitätsprinzip)	55
3. Die Flexibilität der Anknüpfung	55
4. Weitere Merkmale des IPRG	58
a) Privatautonomie	58
b) Geschlechtsneutrale Anknüpfung	59
c) Formvorschriften	59
d) Der Schutz des Schwächeren	61

5. Internationale Öffnung	62
a) Das Verhältnis zu anderen Rechtsordnungen	62
aa) Die Gleichwertigkeit ausländischer Rechtsordnungen	62
bb) Das „Heimwärtsstreben“ im IPRG	63
b) Das Verhältnis zum internationalen Recht	64

Kapitel II

Der Anwendungsbereich des IPRG

§ 4 Definition „Internationales Privatrecht“ (Auslandsbezug)	65
I. Allgemeines	65
II. Auslandsbezug durch Rechtswahl im Vertragsrecht	66
§ 5 Der sachliche Anwendungsbereich des Gesetzes	70
I. Allgemeines zur Aufhebung bisheriger Vorschriften	70
II. Ausdrücklich aufgehobene Vorschriften gemäß Art. 73 IPRG	71
1. Artt. 17 – 31 disp. prel.	71
2. Zivilgesetzbuch (Gesellschaftsrecht)	71
3. Zivilprozessordnung	73
III. Weitergeltende IPR-Normen außerhalb des neuen Gesetzes	74
1. Schiedsgerichtsbarkeit	74
2. Insolvenzrecht	75
3. Familienrecht	75
4. Schiff- und Luftfahrtsrecht	78
5. Zivilprozessordnung	79
§ 6 Der zeitliche Anwendungsbereich des Gesetzes	80
I. Das Inkrafttreten des Gesetzes	80
1. Das allgemeine Inkrafttreten	80
2. Das Inkrafttreten des Titel IV des IPRG	80
II. Der Anknüpfungspunkt für den zeitlichen Anwendungsbereich	82
1. Die Grundregel des Art. 72 I 1. Hs. IPRG	82
a) Prozessuale Anknüpfung	82
b) Verfahren i. S. d. Art. 72 I 1. Hs., II IPRG	83
c) Der Beginn eines Verfahrens	84
2. Ausnahmen vom Grundsatz des Art. 72 I 1. Hs. IPRG	84

a) „Situazioni esaurite“ (Art. 72 I 2. Hs. IPRG)	84
b) Die internationale Zuständigkeit italienischer Gerichte (Art. 72 II IPRG)	86
c) Eingriffsnormen?	87
§ 7 Der Gegenseitigkeitsgrundsatz (Art. 16 disp. prel.)	89
I. Allgemeines zur Bestimmung des Art. 16 disp. prel.	89
II. Der begrenzte Anwendungsbereich des Art. 16 disp. prel.	96
1. Die verfassungsrechtliche Beschränkung des Art. 16 disp. prel.	96
2. Art. 16 disp. prel. und internationale Verträge	99
3. Spezialregelungen	100
4. Zusammenfassung	102
III. Die Reform des Gegenseitigkeitsgrundsatzes	102

Kapitel III

Allgemeines zum IPRG und den Staatsverträgen

§ 8 Staatsverträge im italienischen Recht (völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen)	105
I. Der völkerrechtliche Dualismus	105
II. Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	106
III. Die internationalen Verträge	107
§ 9 Der Rang der Staatsverträge im innerstaatlichen Recht	110
I. Grundlagen.....	110
II. Diskussion in Deutschland zum Vorrang der Staatsverträge auf der Grundlage der lex-specialis-Regel	112
1. Der gesetzgeberische Wille	113
2. Der Anwendungsbereich der Staatsverträge	114
III. Diskussion in Italien zum Vorrang der Staatsverträge	116
§ 10 Die Staatsverträge und das IPRG	119
I. Techniken der Integration von Staatsverträgen in nationales IPR	119
1. Übersicht	119
2. Das allgemeine Verhältnis von nationalem und internationalem IPR	120
3. Die Einarbeitung von staatsvertraglichen Regelungen in nationales IPR	121

a)	Allgemeines	121
	<i>Exkurs: Terminologie zu den Instrumentarien der Harmonisierung (der Begriff des „rinvio“)</i>	122
b)	Staatsverträge ohne innerstaatliche Geltung	124
c)	Staatsverträge mit innerstaatlicher Geltung	125
4.	Die Hinweis- und Kopiermethode bei innerstaatlich in Kraft befindlichen Staatsverträgen	126
5.	Die Reform des internationalen Vertragsrechts im österreichischen IPRG	132
II.	Die Umsetzung der Techniken in das IPRG	134
1.	Die allgemeine Hinweismorm des Art. 2 I IPRG	134
2.	Die besonderen Hinweismormen der Artt. 3 II 1, 42 I, 45, 57, 59 I IPRG	136
3.	An Staatsverträge angelehnte Normen des IPRG	138

Kapitel IV

Die besonderen Hinweismormen der Artt. 42 I, 45, 57, 59 I IPRG (die „in ogni caso“-Formel)

§ 11	Allgemeines zur Bedeutung der „in ogni caso“-Hinweismormen	141
I.	Allgemeine Diskussion	141
II.	Bewertung	143
1.	Anknüpfungsgegenstände	143
2.	Der Begriff „in ogni caso“	145
a)	Die Anwendung der Verträge „erga omnes“	145
	<i>Exkurs: Staatsverträge und Kollisionsnormen mit erga-omnes-Wirkung</i>	145
b)	Die Erweiterung des zeitlichen Anwendungsbereiches (Art. 72 IPRG und die staatsvertraglichen Bestimmungen)	150
c)	Die Vorbehalte der Konventionen	152
d)	Die Änderungen der Staatsverträge	158
e)	Die allgemeinen IPR-Vorschriften der Staatsverträge	161
aa)	Allgemeine Diskussion und die Artt. 13, 17, 18 IPRG	161
bb)	Art. 16 IPRG (ordre public)	164
f)	Die „Teilfragen“ der Geschäftsfähigkeit und der Formwirksamkeit	167

§ 12 Art. 42 IPRG (Minderjährigenschutz)	169
I. Die Neuregelung des Art. 42 IPRG	169
1. Die bisherige Regelung des Minderjährigenschutzes	170
2. Der Minderjährigenschutz in den Entwürfen zum IPRG	170
II. Weitere Staatsverträge zum Minderjährigenschutz	172
III. Der persönliche Anwendungsbereich (Minderjährige)	174
1. Die Bestimmung der Minderjährigkeit	174
2. Sog. „emanzipierte“ Minderjährige	175
IV. Der räumliche Anwendungsbereich	177
V. Der sachliche Anwendungsbereich	177
1. Schutzmaßnahmen (Art. 1 MSA)	177
2. Gesetzliche Gewaltverhältnisse (Art. 3 MSA)	179
a) Art. 3 MSA als zuständigkeitsbegründende Norm	180
b) Art. 3 MSA als Kollisionsnorm	181
3. Fazit	182
VI. Der Anwendungsbereich „hinsichtlich der Staaten“	182
VII. Die internationale Zuständigkeit und Anerkennung ausländischer Maßnahmen	183
1. Die internationale Zuständigkeit	183
2. Die Anerkennung ausländischer Maßnahmen	184
VIII. Zusammenfassung	185
IX. Die Reform des MSA – Inkrafttreten des KSÜ in Italien	186
1. Entstehung, Regelungsbereiche und Inkrafttreten des KSÜ	186
2. Das Verhältnis zu anderen Abkommen	188
3. Der persönliche Anwendungsbereich	189
4. Der sachliche Anwendungsbereich	190
5. Der räumliche Anwendungsbereich, der Bezug zu Vertragsstaaten, die Internationale Zuständigkeit, das anwendbare Recht und das Anerkennungs- und Vollstreckungsrecht	191
6. Der Anwendungsbereich „hinsichtlich der Vertragsstaaten“	192
7. Die Auswirkungen des KSÜ auf Art. 42 IPRG	193
§ 13 Art. 45 IPRG (Unterhaltsrecht)	194
I. Die Neuregelung des Art. 45 IPRG	194
II. Das Verhältnis zum USTAK und anderen Staatsverträgen	195
1. Das Verhältnis zum USTAK	195

2.	Das Verhältnis zu anderen Staatsverträgen	197
III.	Der sachliche Anwendungsbereich	199
1.	Unterhaltungspflichten i. S. d. Art. 1 USTA	199
2.	Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereiches des USTA durch Art. 45 IPRG?	200
a)	Schenkungs- und Erbrecht	201
b)	Vertragliche Unterhaltungspflichten	201
c)	Unerlaubte Handlungen	203
IV.	Die Vorfrage des familienrechtlichen Verhältnisses	204
V.	Zusammenfassung	206
§ 14	Art. 57 IPRG (Vertragliche Schuldverhältnisse)	208
I.	Die Neuregelung des Art. 57 IPRG	208
II.	Spezielle Regelungen	209
1.	Staatsverträge	209
a)	Kaufrecht	210
b)	Factoring und Finanzierungsleasing	211
2.	EG-Recht	212
a)	Klauselrichtlinie	212
b)	Versicherungsverträge	213
3.	Nationales Recht	213
III.	Der sachliche Anwendungsbereich des Art. 57 IPRG („vertragliche Verpflichtungen“)	214
1.	Art. 1 III EVÜ	215
2.	Art. 1 II EVÜ.....	215
a)	Art. 1 II a) EVÜ (Personenstand sowie Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit)	216
b)	Art. 1 II b) EVÜ (Familien- und Erbrecht)	218
c)	Art. 1 II c) EVÜ (Wertpapierrecht)	219
d)	Art. 1 II d) EVÜ (Schieds- und Gerichtsstandsvereinbarungen) ..	219
aa)	Prozessuale Zulässigkeit und Wirkung	220
bb)	Form	220
cc)	Materiellrechtliche Einigung und Wirksamkeit	223
e)	Art. 1 II e) EVÜ (Gesellschaftsrecht)	225
f)	Art. 1 II f) EVÜ (Stellvertretungsrecht)	226
g)	Art. 1 II g) EVÜ („trusts“)	227

1. Staatsverträge	273
2. Der Anwendungsbereich des Art. 59 III IPRG („handelbare Wertpapiere“ i. S. d. Art. 1 II c) EVÜ)	274
a) Autonome Auslegung des Begriffs der „handelbaren Wertpapiere“?	274
b) Der Begriff des „Handelbarkeit“ und der Umfang des Ausschlusses vom Anwendungsbereich des EVÜ	277
c) „Handelbare Wertpapiere“ nach deutschem und italienischem materiellen Recht	278
3. Die Anknüpfungen des Art. 59 III IPRG	281
VII. Nicht handelbare Wertpapiere	282
VIII. Zusammenfassung	283

Kapitel V

Die Anlehnung von IPRG-Normen an staatsvertragliche Regelungen

§ 16 Verfahrensrecht	284
I. Übersicht	284
1. Das Zuständigkeitsrecht	284
2. Die Grundzüge des Anerkennungs- und Vollstreckungs- rechts sowie der internationalen Rechtshilfe	285
a) Das Anerkennungsrecht	286
aa) Bisheriges Recht	286
bb) Die Neuregelung	287
b) Das Vollstreckungsrecht	290
c) Die internationale Rechtshilfe	290
II. Die internationale Zuständigkeit	291
1. Terminologie	291
2. Die Grundzüge des bisherigen und des neuen Rechts	292
a) Die internationale Zuständigkeit nach bisherigem Recht	292
b) Die Grundzüge der Neuregelung	294
3. Übersicht zur internationalen Zuständigkeit nach dem IPRG	295
a) Internationale Abkommen	295
b) Die Zuständigkeitsregelungen des IPRG	298
4. Art. 3 IPRG	299
a) Art. 3 I IPRG	299

aa) Anknüpfungen und Anwendungsbereich	299
bb) Die Bestimmung der Anknüpfungen: Insbesondere der Begriff des „Wohnsitzes“ im internationalen Recht	300
<i>Exkurs: Die Anknüpfung an den „domicile / domicilio“ bzw. „Wohnsitz“ im internationalen Recht</i>	<i>302</i>
b) Art. 3 II 1 IPRG	306
aa) Übersicht zu Art. 3 II 1 IPRG	306
bb) Die Vorbehalte der Artt. 8, 15 I, 18 I EuGVO	307
cc) Artt. 13, 17, 21 EuGVO	308
dd) Die Begründung von örtlichen Zuständigkeiten	310
c) Art. 3 II 2 IPRG	311
aa) Übersicht zu Art. 3 II 2 IPRG	311
bb) Der allgemeine Klägergerichtsstand nach Art. 18 II c. p. c	313
cc) Die Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs (Artt. 31 – 36, 102, 105 – 107 c. p. c.)	314
(1) Die Einbeziehung der Vorschriften der Zivilprozess- ordnung	314
(2) Parallelen der Artt. 31 – 36 c. p. c. zu Art. 6 EuGVO	317
5. Die speziellen Zuständigkeitsvorschriften des Titel III des IPRG	321
a) Allgemeines zum Verhältnis der besonderen zu den allgemeinen Zuständigkeitsvorschriften	321
b) Die besonderen Zuständigkeitsvorschriften im Einzelnen	324
6. Art. 4 IPRG (Gerichtsstandsvereinbarungen und rügelose Einlassung)	326
a) Bisheriges Recht	326
b) Internationale Abkommen	328
c) Die Neuregelung des Art. 4 IPRG	329
aa) Der Anwendungsbereich der Vorschrift	329
(1) Allgemeines	329
(2) Die Artt. 28, 29 c. p. c. und das Verhältnis des Art. 4 IPRG zu den objektiven Zuständigkeitsvorschriften	330
(3) Gerichtsstandsvereinbarungen bei ausschließlichen objektiven Zuständigkeiten	332
(4) Sonstiges	334
bb) Art. 4 I IPRG (Prorogation und rügelose Einlassung)	335
(1) Allgemeines	335
(2) Der schriftliche Nachweis der Prorogation	335

(3) Der Zeitpunkt von Gerichtsstandsvereinbarungen (perpetuatio fori)	337
(4) Die rügelose Einlassung	338
cc) Art. 4 II, III IPRG (Derogation)	339
(1) Derogation durch Prorogation	339
(2) Disponible Rechte	340
dd) Die Wirkung von Gerichtsstandsvereinbarungen	342
(1) Begründung von ausschließlichen Zuständigkeiten	342
(2) Begründung von örtlichen Zuständigkeiten	343
7. Art. 7 IPRG (ausländische Rechtshängigkeit)	344
a) Übersicht	344
aa) Bisheriges Recht	344
bb) Die Neuregelung des Art. 7 IPRG und das ergänzende Anerkennungsrecht	346
cc) Rechtshängigkeit, Präjudizialität und Zusammenhang von anderen Verfahren nach italienischem Prozessrecht	347
b) Art. 7 I, II IPRG (Rechtshängigkeit)	349
aa) Internationale Bestimmungen zur ausländischen Rechtshängigkeit	349
bb) Parallelen zu Art. 27 EuGVO	350
cc) Unterschiede zu Art. 27 EuGVO	354
(1) Parteienantrag	354
(2) Anerkennungsprognose	356
dd) Der Streitgegenstandsbegriff („il medesimo oggetto e il medesimo titolo“)	358
(1) Die Rechtsprechung des EuGH	359
(2) Der Streitgegenstand im italienischen Prozessrecht	361
(3) Der Streitgegenstandsbegriff in Art. 7 I IPRG	363
ee) Die Parteiidentität	365
c) Art. 7 III IPRG (Präjudizialität)	366
aa) Vergleichbare Regelungen	366
bb) Einordnung im IPRG	368
cc) Vergleich mit Art. 28 EuGVO	369
8. Weitere Parallelen des Zuständigkeitsrechts zur EuGVO	371

a)	Art. 5 IPRG (Dingliche Klagen über im Ausland belegene Immobilien)	371
b)	Art. 6 IPRG (Vorfragen)	371
c)	Art. 11 IPRG (Der Einwand der fehlenden Gerichtsbarkeit)	373
§ 17	Die Kollisionsnormen	374
I.	Art. 48 IPRG (Testamentsform)	374
1.	Die Neuregelung des Art. 48 IPRG	374
2.	Der Anknüpfungsgegenstand („forma del testamento“)	375
a)	Allgemeine Abgrenzung	375
aa)	Die Abgrenzung zu den Artt. 46, 47 IPRG im Allgemeinen	375
bb)	Das Formstatut des Testamentswiderrufs	377
cc)	Gemeinschaftliche Testamente und Erbverträge	378
b)	Gemeinschaftliche Testamente	379
aa)	Die Zulässigkeit gemeinschaftlicher Testamente	380
(1)	Die Zulässigkeitsfrage im deutschen IPR	380
(2)	Die Zulässigkeitsfrage im italienischen IPR	381
bb)	Die Formwirksamkeit gemeinschaftlicher Testamente	383
c)	Erbverträge	383
3.	Die Anknüpfungspunkte des Art. 48 IPRG	386
4.	Weitere Staatsverträge zum Erbrecht	387
II.	Art. 60 IPRG (Vollmacht)	388
1.	Die Neuregelung des Art. 60 IPRG (Anwendungsbereich und Rechtsvergleichung)	388
2.	Die Vollmacht nach bisherigem Recht	393
3.	Art. 60 I IPRG (Die Anknüpfungen des Vollmachtstatuts)	395
a)	Die Grundzüge der Neuregelung (selbständige Anknüpfung und Interessenausgleich)	395
b)	Art. 60 I 1 IPRG	397
c)	Art. 60 I 2 IPRG	400
4.	Die Rechtswahl	401
5.	Art. 60 II IPRG (Formstatut)	402
III.	Art. 63 IPRG (Produkthaftung)	404
1.	Die Eigenständigkeit der Produkthaftung gegenüber dem allgemeinen Deliktsrecht	404

a)	Die Produkthaftung im IPR	404
b)	Die abzuwägenden Interessen bei der Auswahl der Anknüpfungspunkte	405
c)	Die Produkthaftung im materiellen Recht	406
2.	Die Anknüpfungen des Haager Produkthaftungsabkommens, anderer, nationaler IPR-Gesetze und des Vorschlages für eine „Rom II“-Verordnung	407
a)	Das Haager Produkthaftungsabkommen	407
b)	Andere nationale IPR-Gesetze	409
c)	Der Vorschlag für eine „Rom II“-Verordnung	412
3.	Internationale Produkthaftung nach bisherigem italienischen Recht und die Vorentwürfe zum IPRG	414
a)	Bisheriges Recht	414
b)	Die Vorentwürfe zum IPRG	415
4.	Die Regelung des Art. 63 IPRG	416
a)	Das allgemeine Deliktsstatut des Art. 62 IPRG	416
b)	Allgemeines zur Neuregelung des Art. 63 IPRG	418
c)	Der Anwendungsbereich des Art. 63 IPRG	419
aa)	Die Qualifikation lex fori oder lex causae	419
bb)	Die Ansprüche der Produkthaftung (Der Anwendungs- bereich des Art. 63 IPRG)	420
cc)	Die Beteiligten (Verpflichteter / Geschädigter)	425
dd)	Die Produkte	427
ee)	Die Sicherheits- und Verhaltensvorschriften	428
d)	Die Anknüpfungspunkte des Art. 63 IPRG	430
aa)	Die Rechtswahl	431
bb)	„Domicilio“ bzw. Verwaltungssitz des Verpflichteten	433
cc)	Der Erwerbort	434
IV.	Zusammenfassung	437

Kapitel VI

Die Auslegung von Staatsverträgen und die EuGH-Zuständigkeit

§ 18	Die Auslegung der Staatsverträge i. R. d. IPRG	439
I.	Die Auslegung der Staatsverträge und der besonderen Hinweisnormen (Artt. 3 II 1, 42 I, 45, 57, 59 I IPRG)	439
1.	Allgemeines zur Auslegung von Staatsverträgen (Art. 2 II IPRG) und die Rechtsprechung des EuGH	439

2.	Auslegung und Subsumtion	444
a)	Begriffsbestimmung und Abgrenzung (Die kollisionsrechtliche „Qualifikation“)	444
b)	Insbesondere: Die Begriffe des „Erfüllungsortes“ und des „Wohnsitzes“	449
aa)	Der „Erfüllungsort“ gemäß Art. 5 Nr. 1 EuGVO	449
bb)	Der Begriff des „Wohnsitzes“	452
3.	Die Auslegung der Staatsverträge i. R. d. besonderen Hinweismormen des IPRG	453
II.	Die Auslegung von an staatsvertragliche Regelungen angelehnten Bestimmungen des IPRG	454
§ 19	Die Auslegungskompetenz des EuGH i. R. d. EuGVO und des EVÜ	456
I.	Die rechtlichen Rahmenbedingungen und Problemstellungen bei der Auslegung der EuGVO und des EVÜ	456
1.	Die Auslegungsprotokolle und Art. 68 EGV	456
2.	Die Vorlageverfahren	459
3.	Problemstellungen i. R. d. deutschen EGBGB und des italienischen IPRG im Hinblick auf die Auslegungskompetenz des EuGH	461
II.	Die EuGH-Rechtsprechung zum Vorabentscheidungsverfahren	461
1.	Allgemeines zum Vorabentscheidungsverfahren	462
a)	Der Auslegungsgegenstand	462
b)	Die Entscheidungserheblichkeit	463
2.	Die EuGH-Rechtsprechung zu Vorlagen, bei deren Ausgangsverfahren die Auslegungsgegenstände keine direkte Anwendung finden	465
a)	Die „Dzodzi-Rechtsprechung“	465
b)	Die Kleinwort-Benson-Entscheidung	468
c)	Die Rechtssachen Leur-Bloem und Giloy	470
3.	Allgemeines zur Bindungswirkung von Vorabentscheidungen	472
a)	Die Bindungswirkung im Ausgangsverfahren	472
b)	Die „Präjudizwirkung“ der Vorabentscheidungen	474
4.	Zusammenfassung	476
III.	Die Problematik des EVÜ i. R. d. deutschen EGBGB	477
1.	Die Inkorporation des EVÜ in das EGBGB	477
2.	Die Problemstellung	480

3.	Die zukünftige Auslegungszuständigkeit des EuGH im Falle der unmittelbaren Anwendung der Artt. 27 – 37 EGBGB	481
a)	Die Aufhebung von Art. 1 II des deutschen Zustimmungsgesetzes zum EVÜ	481
b)	Die Begründung der Auslegungszuständigkeit durch das erste EVÜ-Auslegungsprotokoll	483
c)	Die Zuständigkeit infolge der Bindungswirkung von EuGH-Entscheidungen	485
d)	Das deutsche Zustimmungsgesetz zu den EVÜ-Protokollen	488
4.	Die Auslegungszuständigkeit des EuGH für aus den Artt. 27 – 37 EGBGB ausgegliederte Regelungen des EVÜ und die Fälle der analogen Anwendung der Artt. 27 – 37 EGBGB	490
a)	Die ausgegliederten Regelungen des EVÜ	490
b)	Die analoge Anwendung der Artt. 27 – 37 EGBGB	492
5.	Die Rechtslage nach Umwandlung des EVÜ in ein Gemeinschaftsinstrument	494
IV.	Die Auslegungskompetenz des EuGH bei der Anwendung von Art. 3 II 1 IPRG und Art. 57 IPRG	496
1.	Die italienische Literatur zur Frage der Auslegungskompetenz des EuGH	497
2.	Die Lösung der Streitfrage?	500

Kapitel VII

Zusammenfassung

I.	Die Hinweismenormen des IPRG	503
II.	An Staatsverträge angelehnte Vorschriften des IPRG	504
1.	Das Verfahrensrecht	504
2.	Das Kollisionsrecht	505
III.	Die Auslegung der Staatsverträge und die EuGH-Zuständigkeit	505
Anhang I: IPR-Regelungen europäischer Staaten		507
Anhang II: Übersicht zu multilateralen Staatsverträgen		509
Literaturverzeichnis		514
Sach- und Personenverzeichnis		530

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort (wird nur innerhalb derselben Fußnote verwendet)
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Actes et Documents	Actes et Documents de la Conférence de la Haye de droit international privé (Dokumente der Haager Staatenkonferenz für Internationales Privatrecht)
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGB(G)	Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz)
Alt.	Alternative
AMG	(deutsches) Arzneimittelgesetz
AmJCompL	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkungen
AO	(deutsche) Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
App.	Corte di appello (Oberlandesgericht)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung (Schweiz)
att.	Disposizioni di attuazione (Durchführungsbestimmungen)
AuslG	(deutsches) Ausländergesetz
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters (später „RIW“ – siehe dort)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObIG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
Bek.	Bekanntmachung
BerDGesVölkR	Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Bespr.	Besprechung
BG(E)	schweizerisches Bundesgericht (Entscheidungen)

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drucks.	Bundesrat Drucksache
BT-Drucks.	Bundestag Drucksache
BVerfG(E)	Bundesverfassungsgerichts (entscheidung)
BVerwG(E)	Bundesverwaltungsgerichts (entscheidung)
Cass.	Corte di Cassazione (Kassationshof)
c. c.	codice civile (Zivilgesetzbuch)
CCT	Carpi / Colestanti / Taruffo (siehe Literaturverzeichnis)
CISG	UN-Convention on Contracts for the International Sale of Goods (Wiener Einheitskaufrecht)
cod. nav.	Codice della navigazione (See-, Schifffahrts- und Luftfahrtsrecht)
cod. pen.	codice penale (Strafgesetzbuch)
Com.	Commentario
Corr. giur.	Il corriere giuridico
Corte cost.	Corte costituzionale (Verfassungsgerichtshof)
cost.	costituzione (Verfassung)
CP	Crisafulli / Paladin (siehe Literaturverzeichnis)
c. p. c.	codice di procedura civile (Zivilprozessordnung)
CT	Cian / Trabucchi (siehe Literaturverzeichnis)
DB	Der Betrieb
ders. – dies.	derselbe – dieselbe / dieselben
Dir. fam.	Diritto della famiglia
Dir. marit.	Diritto marittimo
disp. prel.	disposizione preliminari / disposizione sulla legge in generale (Einführungsbestimmungen, mangels weiterer Angaben des codice civile)
d. l.	decreto legge
d. lgs.	decreto legislativo
d. p. r.	decreto del Presidente della Repubblica
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EGV	Europäischer Gemeinschaftsvertrag (EU-Vertrag seit dem „Maastrichtvertrag“ (EUV), früher „EWG“)

EGVVG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz
EheVO	Verordnung über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen von 2000
EheVO2	Verordnung über Ehesachen und Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung von 2003 (wird EheVO ablösen)
e. M.	einhellige Meinung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Enc. Dir.	Enciclopedia del diritto
EU	Europäische Union
EuBVO	EG-Verordnung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beweisaufnahme von 2001
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVO	EG-Verordnung über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen von 2000 (löst EuGVÜ ab)
EuGVÜ	Brüsseler Zuständigkeits- und Vollstreckungsübereinkommen von 1968 (durch EuGVO abgelöst)
EulnsVO	EG-Verordnung über Insolvenzverfahren von 2000
EuR	Europarecht
EuSorgÜ	Europäisches Sorgerechtsübereinkommen von 1980
EUV	Europäischer Unionsvertrag („Vertrag von Maastricht“)
EuZVO	EG-Verordnung über die Zustellung von Schriftstücken von 2000
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Römisches Schuldvertragsübereinkommen von 1980
EWGV	Vertrag zur Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EG-Vertrag vor dem „Maastrichtvertrag“ (EUV), danach „EGV“)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f. / ff.	folgende / fortfolgende
fam.	riforma del diritto di famiglia (Familienrechtsreform)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
Foro it.	Il Foro italiano

Forum (D)	Forum des internationalen Rechts (deutschsprachige Ausgabe)
FS	Festschrift
Gazz. Uff.	Gazzetta Ufficiale (italienisches Gesetzblatt)
GG	Grundgesetz
Giur. cost	Giurisprudenza costituzionale.
Giur. it.	Giurisprudenza italiana
Giust. civ.	Giustizia civile
HbStR	Handbuch des Staatsrechts
HGB	Handelsgesetzbuch
HKÜ	Haager Kindesentführungsübereinkommen von 1980
h. Lit.	herrschende Literatur
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
ICJ	International Court of Justice
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem Sinne
i. E.	im Einzelnen
i. e. S.	im engeren Sinne
IGH-Statut	Statut des internationalen UN-Gerichtshofes
ILO	International Labour Organisation (UN-Arbeitsrechtsorganisation)
IntCompLQ	International and Comparative Law Quarterly
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	IPR-Gesetz (italienisches IPR-Gesetz mangels weiterer Angaben)
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts
i. R. d.	im Rahmen des / der
i. R. e.	im Rahmen einer / eines
i. S. d.	im Sinne des / der
i. V. m.	in Verbindung mit
i. W.	im Weiteren
i. w. S.	im weiteren Sinne
IZ	Internationale Zuständigkeit

IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
JbItR	Jahrbuch für italienisches Recht
JbOstR	Jahrbuch für Ostrecht
JP	Jarass / Pieroth (siehe Literaturverzeichnis)
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KSÜ	Haager Kinderschutzübereinkommen von 1996
l. ado.	legge sulla adozione (Adoptionsgesetz)
l. ass.	legge sull'assegno (Scheckgesetz)
l. camb.	legge sulla cambiale (Wechselgesetz)
l. cittad.	legge sulla cittadinanza (Staatsangehörigkeitsgesetz)
l. fall.	legge fallimentare (Insolvenzordnung)
LG	Landgericht
l. sciogl.	legge sul scioglimento (Scheidungsrecht)
l. Sp.	linke Spalte
MD	Maunz / Düring (siehe Literaturverzeichnis)
MSA	Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961
MüKo	Münchener Kommentar (siehe Literaturverzeichnis)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NIPR	Niederlands internationaal privaatrecht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NLCC	Nuove leggi civile commentate
Nov. dig.	Novissimo digesto italiano
Nr.	Nummer
Nuov. giur. civ. comm.	Nuova giurisprudenza civile commentata
ÖJBl.	österreichische Juristenblätter
ÖJZ	österreichische Juristenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
OR	Obligationenrecht (Schweiz)
Pal.	Palandt (siehe Literaturverzeichnis)
QBD	High Court of Justice (London), Queens Bench Division
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit
RDCiv	Rivista di diritto civile

RDI	Rivista di diritto internazionale
RDIPP	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
r. d. l.	regio decreto legge / legislativo
Rev. crit.	Revue critique de droit international privé
Rev. dr. unif.	Revue de droit uniforme (Uniform Law Revue)
Rev. trim. dr. europ.	Revue trimestrielle de droit européen
RGBI.	Reichsgesetzblatt
Riv. not.	Rivista del notariato
Riv. trim. dir. pub.	Rivista trimestriale di diritto pubblico
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (früher „AWD“)
Rn.	Randnummer
r. Sp.	rechte Spalte
Rspr.	Rechtsprechung
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
(S)	Genfer Scheckrechtsübereinkommen von 1931
S.	Seite
s. a.	siehe auch
SB	Scialoja / Branca (siehe Literaturverzeichnis)
SBK	Schmidt-Bleibtreu / Klein (siehe Literaturverzeichnis)
ScheckG	Scheckgesetz
SIDI	Società Italiana di Diritto Internazionale
Slg.	Sammlung der EuGH-Rechtsprechung
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r)
Sp.	Spalte
Spstr.	Spiegelstrich
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
StAZ	Das Standesamt
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Stud. iur.	Studium iuris
s. u.	siehe unten
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- (und Justizverwaltungs)sachen
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TestFÜbk.	Haager Testamentsformübereinkommen von 1961
TranspR	Transportrecht

Trib.	Tribunale (Landgericht)
USTA	Haager Unterhaltsabkommen von 1973
USTAK	Haager Unterhaltsabkommen von 1956 (Kindesunterhalt)
UStG	(deutsches) Umsatzsteuergesetz
Var.	Variante
v. M.	von Münch (siehe Literaturverzeichnis)
(W)	Genfer Wechselrechtsübereinkommen von 1930
WG	Wechselgesetz
WM	Wertpapiermitteilungen
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969
z. B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZGB	Zivilgesetzbuch (Schweiz)
ZIR	Zeitschrift für Internationales Recht (früher Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht)
ZPO	Zivilprozessordnung
z. T.	zum Teil
ZVglRWiss.	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP(Int.)	Zeitschrift für Zivilprozessrecht (International)

Kapitel I*

Die Reform des internationalen Privatrechts in Italien: Entstehung und Grundstruktur des italienischen IPR-Gesetzes

Dem Vorbild anderer europäischer Länder¹ folgend hat im Jahre 1995 auch Italien sein internationales Privatrecht durch das Gesetz Nr. 218 vom 31. Mai 1995 über die „Reform des italienischen Systems des Internationalen Privatrechts“² (im Folgenden: IPRG) reformiert. Nachdem bereits ein Jahr zuvor im Rahmen der allgemeinen Schiedsrechtsreform (Artt. 806 – 840 c. p. c.) das internationale Schiedsrecht (Artt. 832 – 840 c. p. c.) novelliert wurde³, hat in Italien mit dem neuen IPR-Gesetz ein langer Reformweg im Bereich des internationalen Privatrechts vorläufig sein Ende gefunden.

* Sofern die Fußnoten auf eine andere Fußnote der Arbeit verweisen, wird dies durch *kursive Schreibweise* angezeigt.

¹ Im Rahmen der Vorarbeiten zum IPRG beschäftigte man sich ausführlich mit den zwischen den Jahren 1963 und 1987 erlassenen IPR-Gesetzen in Europa (siehe § 2 V.).

Das italienische IPRG orientierte sich dabei in erheblichem Maße am schweizerischen IPRG von 1987 (s. a. § 2 V., *Fn. 71*). Zu beachten ist in jüngster Zeit zudem das rumänische IPRG von 1992 sowie die „Restkodifikation“ des außervertraglichen Schuldrechts und Sachenrechts in Deutschland von 1999; zu letzterer siehe das „Gesetz zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und für Sachen“ vom 21. 5. 1999, in BGBl. 1999 II, S. 1026 und die Aufsätze von *Spickhoff*, in NJW 1999, S. 2209 – 2215 und *S. Lorenz*, ebenda, S. 2215 – 2218 sowie *Wagner*, in IPRax 1999, S. 210 – 212 zum Gesetzgebungsverfahren. Zu den neuen Vorschriften des deutschen internationalen Deliktsrechts siehe § 17 III. 2. b), bei *Fn. 211* und die umfassende Kommentierung in *Staudinger*, Art. 38 – 42, 14. Auflage, 2001.

Auch in Liechtenstein ist inzwischen eine Gesamtkodifikation des IPR verabschiedet worden (IPRG von 1996 und internationales Gesellschaftsrecht von 1997); das liechtensteinische IPRG lehnt sich jedoch in weiten Teilen an das österreichische IPRG von 1978 an. In den Niederlanden wird seit Längerem eine umfassende Kodifizierung des IPR vorbereitet; in dieser sollen die bisherigen spezialgesetzlichen IPR-Regelungen zusammengefasst und harmonisiert werden (siehe *Kramer*, in IPRax 2002, S. 537 f.).

Zu den europäischen IPR-Regelungen und ihren Quellen siehe im Einzelnen im Anhang I

² Legge 31. 5. 1995, n. 218: Riforma del sistema italiano di diritto internazionale privato, in Gazz. Uff. 3. 6. 1995, n. 128 (supplemento ordinario n. 68).

³ Legge 5. 1. 1994, n. 25: Nuove disposizioni in materia di arbitrato e disciplina dell'arbitrato internazionale; siehe dazu § 5 III. 1.

§ 1 Die Entstehungsgeschichte des IPRG

Das am 1. 9. 1995⁴ in Kraft getretene italienische IPRG hat die bis dahin grundlegenden Bestimmungen des internationalen Privatrechts, die Artt. 17 – 31 der *disposizioni sulla legge in generale* (im Folgenden: *disp. prel.* für „*disposizioni preliminari*“) des *codice civile* (im Folgenden *c. c.*)⁵ aus dem Jahre 1942⁶, ersetzt⁷. Die bisherigen Regelungen gingen in ihrer Substanz noch auf Mancinis Kodifikation von 1865 zurück⁸.

Maßgebliche Vorarbeiten für das Gesetz leistete vor allem Edoardo Vitta (1913 – 1988)⁹, der 1968 seinen ersten Reformvorschlag veröffentlicht hat¹⁰. Im Jahre 1982 wurde er vom Justizministerium offiziell beauftragt¹¹, einen neuen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, der im Jahre 1984 vorgelegt wurde¹².

Diese überarbeitete Fassung wurde Gegenstand einer internationalen Tagung des *Consiglio nazionale del notariato* (Nationale Notariatskammer) am 1. und

⁴ Im Einzelnen zum zeitlichen Anwendungsbereich des IPRG siehe § 6 und insbesondere § 6 I. zum späteren Inkrafttreten des vierten Titels.

⁵ Zu einer deutschen Übersetzung siehe *Bauer u. a.*, *c. c.*, S. 47 – 53.

⁶ Genau genommen wurden die *disposizioni preliminari* zusammen mit dem ersten Buch des *codice civile* bereits am 12. 12. 1938 erlassen (*regio decreto*, n. 1852) und traten am 1. 7. 1939 in Kraft (siehe *Vitta*, in *Problemi*, S. 234, Fn. 13; *Mengozzi*, *DIPI*, S. 10); zur vorzeitigen Inkraftsetzung der Bücher I – III des *codice civile* siehe *Kindler*, *Einführung*, § 8, Rn. 7. In seiner Gesamtheit ist das *Zivilgesetzbuch* erst am 21. 4. 1942 in Kraft getreten (*regio decreto* 16. 3. 1942, n. 262).

⁷ Dazu und zu den im Weiteren außer Kraft getretenen Normen siehe § 5 II.

⁸ *Vitta*, in *Problemi*, S. 291; *ders.*, in *Foro it.* 1986, V., Sp. 1 f.; s. a. Bericht der Expertenkommission, in *RDIPP* 1989, S. 947 f. (*Fn. 16*). Es geht jedoch zu weit, die Reform des Jahres 1942 nur als „ästhetischen Eingriff“ in Mancinis Kodifikation zu sehen (i. d. S. *De Nova*, in *Prospettive*, S. 292; ähnlich *Boschiero*, in *ZfRV* 1996, S. 143), da sie doch erhebliche Änderungen beinhaltete (i. E. dazu § 3 I.). Zum Text der IPR-Bestimmungen von 1865 siehe *Prospettive*, S. 547 f.

⁹ Würdigungen in *Problemi* von *Ruini* (S. 549, 561, 593 [„apostolo della codificazione“]), *Sperduti* (S. 541), *Badiali* (S. 603) und *Pocar* (S. 612).

¹⁰ *Vitta*, *Relazione e progetto di legge sul diritto internazionale privato*, in *Prospettive*, S. 261 – 268 (Text des Reformvorschlages) und S. 1 – 260 (Begründung) mit *Diskussionsbeiträgen* zu Vittas Entwurf.

¹¹ Zum Ministerialdekret vom 13. 11. 1982 siehe *Vitta*, in *Foro it.* 1986, V., S. 1, Fn. 1.

¹² *Vitta*, *Memoriale e progetto di legge*, in *Problemi*, S. 3 – 274 (Text des „*progetto Vitta*“ S. 262 – 274); nach der Tagung des *Consiglio Nazionale del Notariato* vom 1. / 2. 6. 1984 in Rom (siehe *nächste Fußnote*) hat *Vitta* seinen Entwurf in einigen Bereichen überarbeitet (zum Text des „*nuovo progetto*“ [n. F. der Artt. 1 – 25] siehe *Problemi*, S. 701 – 707 mit „*postilla*“, S. 628 – 700).

2. 6. 1984 in Rom¹³. Die Tagung veranlasste das Justizministerium, im Jahre 1985 eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von Riccardo Monaco einzusetzen, der bis zu seinem Tod im Januar 1988 auch Edoardo Vitta angehörte¹⁴.

Im Laufe dieser Arbeiten ergingen im Jahre 1987 zwei bedeutende Entscheidungen des Corte Costituzionale zum internationalen Privatrecht. In diesen erklärte der Verfassungsgerichtshof die Artt. 18, 20 I disp. prel. wegen Verstoßes gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz für verfassungswidrig und prägte damit die laufenden Reformbemühungen maßgebend¹⁵.

Am 26. 10. 1989 konnte die Kommission einen Gesetzentwurf zur Reform des internationalen Privatrechts vorlegen, begleitet von einem umfassenden Kommissionsbericht¹⁶. Auf einer Tagung in Florenz am 23. und 24. 5. 1990 wurde dieser Entwurf von Experten eingehend diskutiert¹⁷.

Nach einer Überarbeitung durch das Justizministerium ist der Entwurf am 29. 4. 1993 mit geringfügigen Änderungen¹⁸ als Gesetzesvorlage in den Senat eingebracht worden¹⁹. Im Senat erfuhr der Regierungsentwurf nur sachlich wenig bedeutsame Modifikationen²⁰ und wurde am 16. 12. 1993 verabschiedet.

¹³ Zu den Tagungsbeiträgen siehe Problemi, Teil II, S. 275 – 622; zu der Tagung s. a. den Bericht von Siehr, in RabelsZ 1984, S. 743 – 745.

¹⁴ Dekret vom 8. 3. 1985, in RDIPP 1985, S. 687 mit Auflistung der Mitglieder; zu den Mitgliedern s. a. die Einleitung zum *Kommissionsbericht*, in RDIPP 1989, S. 947.

¹⁵ Siehe dazu § 2 III.

¹⁶ RDIPP 1989, S. 932 – 946 (Progetto di riforma del sistema italiano di diritto internazionale privato – Entwurf) und S. 947 – 985 (Relazione - Kommissionsbericht) = RDI 1990, S. 741 – 790 = Studi Marano, S. 165 – 210. Der Entwurf wird im Folgenden als *Kommissionsentwurf* bezeichnet.

Zu dem Entwurf siehe die Beiträge in Studi Vitta (*nächste Fußnote*); Jayme, in IPRax 1990, S. 196 und Winkler, in JbItR, Bd. 4 (1991), S. 101 – 109.

¹⁷ Zu den Tagungsbeiträgen siehe „La riforma del diritto internazionale privato e processuale“, Raccolta in ricordo di Edoardo Vitta; im Weiteren zitiert als *Studi Vitta*.

¹⁸ Siehe *Fumagalli*, in RDIPP 1993, S. 494 – 503 mit Synopse der geänderten Artikelzählung (S. 498 f. in Fn. 14).

¹⁹ Disegno di legge n. 1192 (XI. Legislatura) abgedruckt in Studi Vitta, S. 448 – 465 (Disegno di legge – Entwurf) und S. 401 – 447 (Relazione – Begründung); Originalquelle (zitiert nach *Kindler*, in RabelsZ 1997, S. 227): Camera dei Deputati, Servizio Studi (Hrsg.), Dossier Provvedimento, Riforma del sistema italiano di diritto internazionale privato (A. C. 1286), n. 118 / XII Legislatura, ottobre 1994, S. 311 – 341. Der Entwurf wird im Weiteren als *Regierungsentwurf* bezeichnet.

²⁰ Insbesondere wurde die internationale Schiedsgerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die zwischenzeitlich gesonderte Regelung in der Zivilprozessordnung ausgegliedert; *Balena*, in Foro it. 1996, V., Sp. 210; *Kindler*, in RabelsZ 1997, S. 230 (Fn. 9); siehe dazu Fn. 3 und § 5 III. 1.